

M 18 Oberbürgermeistergespräch mit den beiden Zwickauer Superintendenten

BV für Staatssicherheit
Karl-Marx-Stadt
AKG

Karl-Marx-Stadt, 14. 10. 1989

9979/15
Her 2648/-
X199181-

f. B. P. M. U.

Nur zur persönlichen
Information!

Information
über

BStU
000492

ein Gespräch des Oberbürgermeisters der Stadt
Zwickau mit dem Superintendenten des Evangelisch-
Lutherischen Kirchenbezirkes Zwickau und dem Su-
perintendenten des Evangelisch-Methodistischen
Distriktes Zwickau am 13. 10. 1989

Leiter der AKG

Oettmeier
Oberst

Verteiler: (Gard/Best)
Führer
Politz
Clf B212
147 22 1201 / 1711

Clemens XX-227 I

- Abfertigung exemplar -



Am 13. 10. 1989 fand in der Zeit von 8.30 Uhr bis 10.35 Uhr ein Gespräch des Oberbürgermeisters der Stadt Zwickau, Genossen FISCHER, mit dem Superintendenten des Evangelisch-Lutherischen Kirchenbezirkes Zwickau, MIETH, und dem Superintendenten des Evangelisch-Methodistischen Distriktes Zwickau, WALTHER, statt. Weiterhin nahmen an dieser Zusammenkunft der Stellvertreter des Oberbürgermeisters für Inneres, Genosse STOWASSER, sowie der Kreissekretär der Nationalen Front Zwickau und Mitglied des LOPD-Kreisvorstandes Zwickau/Stadt, HÄBERER, teil. Das Gespräch verlief in einem sachlichen und konstruktiven Dialog und war vom Willen der Suche nach gemeinsamen Standpunkten zur Lösung anstehender Probleme gekennzeichnet.

Zu Beginn der Aussprache entschuldigte der Superintendent MIETH den erkrankten Dekan des Römisch-Katholischen Dekanats Zwickau, HOFFMANN. Er erklärte, daß er sich jedoch mit diesem abgestimmt habe und versuchen wolle, dessen Positionen und Interessen mit in das Gespräch einzubringen.

Zum Grundanliegen des Gespräches formulierte MIETH, daß man aus Sorge um die Zukunft des Landes gekommen sei, und daß die Zeit überreif wäre, angestaute Probleme sowie Sorgen der Bevölkerung offen anzusprechen. Es seien Lösungen im Sinne des Volkes durch gemeinsame Anstrengungen und die Einbeziehung aller zu finden. Ihn erfülle tiefe Sorge, so MIETH, wenn er die jetzt entstandene Situation betrachte und es hier erst zur Eskalation der Ereignisse kommen müßte. Dabei bezog er sich auf die durchgeführten Demonstrationen und das nach seiner Meinung gewaltsame und brutale Einschreiten der Schutz- und Sicherheitsorgane. Es gäbe in diesem Land, fuhr er weiter fort, viele verantwortungsbewußte Menschen, die die entstandene Lage erkannt haben und bereit wären, im konstruktiven Sinne über Lösungen zu diskutieren. Dazu gehörten nach Darstellung von MIETH auch die Vertreter des "Neuen Forums", die nur Gutes wollten.

In seinen anschließenden Ausführungen vertrat Superintendent WALTHER den Standpunkt, daß das wochenlange Festschweigen der Ereignisse, die einseitige Interpretation sowie die fehlende Bereitschaft von Partei- und Regierungsführung, die Ursachen beim Namen zu nennen und sie zu beseitigen, zu dieser Entwicklung in unserem Land, zur Eskalation, geführt haben. Tatsache sei, so konstatierte er, daß viele Junge Menschen diesem Staat, in dem sie geboren wurden, den Rücken gekehrt haben. Hauptsächlich hier im Land, so WALTHER, müsse man die Ursachen suchen. Es sei nun einmal eine Tatsache, stellte WALTHER fest, daß sie sich von einem Staat getrennt haben, der das uneingeschränkte Recht ein Anspruch nehme, jedem Menschen eine Perspektive und Zukunft zu geben. Er warf die Frage auf: "Wieso gibt eigentlich nur der Sozialismus dem Menschen eine Perspektive, und wieso ist der Marxismus-Leninismus, vor dem man davonrennt, allmächtig?" In diesem Zusammenhang erinnerte er auch daran, daß es Tatsache wäre, daß nur die wenigsten derer, die die DDR verlassen haben, Gemeindeglieder bzw. Christen seien.

Chemnitz XX-227 I



In Erwiderung brachte Superintendent MIETH die Erwartung zum Ausdruck, daß die Vertreter des Staates mit den Gruppen des "Konziliaren Prozesses" das Gespräch führen sollten. Dazu führte er aus, daß er wisse, daß viele dieser Leute von einer hohen Mitverantwortung für die Zukunft unserer Gesellschaft geprägt seien. Da er keinen eigenen "Sicherheitsdienst" habe, so MIETH, wolle er ehrlich erklären, daß er den Aushang am Dom und die Äußerung von Dr. KÄBISCH in der "Friedensbibliothek" nicht kenne.

Beide Superintendenten äußerten sich im Gespräch nicht konkret dazu, ihren Einfluß geltend zu machen, in Zwickau eine Demonstration zu verhindern.

Zum Abschluß des Gespräches wurde von Superintendent WALTHER vorgeschlagen, über den Inhalt des Gespräches eine Presseveröffentlichung zu verbreiten, deren Inhalt jedoch nicht von alten Termini geprägt sein könne.

Durch den Oberbürgermeister wurde eine von den Gesprächspartnern abgestimmte Presseveröffentlichung (siehe Anlage) auf der Lokalseite Zwickau der "Freien Presse" möglicherweise schon am 14. 10. 1989 zugesichert, was Zustimmung und Befriedigung auslöste.

Für den 10. 11. 1989, 14.00 Uhr, wurde ein erneutes Zusammentreffen des Oberbürgermeisters der Stadt Zwickau mit den Vertretern Zwickauer Kirchen vereinbart. Dazu brachte Superintendent MIETH zum Ausdruck, daß er es für erforderlich halte, daß noch vor diesem Termin Gesprächsbereitschaft gegenüber den Gruppen des "Konziliaren Prozesses" signalisiert werde. Darauf erwiderte Genosse FISCHER, daß er sich demsbezüglich melden werde.

Ulenich XX - 227 E

Anlage

ES:U

000496

Vertrauensvolles Gespräch mit kirchlichen Würdenträgern

Am 13. 10. 1989 fand beim Oberbürgermeister der Stadt Zwickau, Genossen Heiner FISCHER, auf Bitten der kirchlichen Seite ein Gespräch mit dem Superintendenten der Evangelisch-Lutherischen Kirche, Günter MIETH und dem Superintendenten der Evangelisch-Methodistischen Kirche, Friedmar WALTHER, statt. Beide Superintendenten sprachen zugleich für den durch Krankheit verhinderten Dekan der Römisch-Katholischen Kirche, Horst HOFFMANN.

An dem Gespräch nahmen der Kreisausschußvorsitzende der Nationalen Front, Freund Rolf HÄBERER, und der Stellvertreter des Oberbürgermeisters für Inneres, Genosse Rolf STOWASSER, teil.

In sachlichem Meinungsaustausch, der von der Verantwortung beider Seiten für das Wahl unserer Bürger getragen war, wurde über die Vielfalt der die Menschen in unserem Land bewegenden Fragen und über die Ereignisse der vergangenen Wochen gesprochen.

Übereinstimmend wurde betont, daß in freimütigen Gesprächen und in einem offenen und ehrlichen Dialog mit allen Bürgern und gesellschaftlichen Gruppen zur Lösung der anstehenden Fragen weiter gesprochen werden muß, um mit Ruhe, Besonnenheit und Zuversicht zielgerichtete Verbesserungen zu erreichen und dabei jeden einzubeziehen.

Es wurde ein weiterer Gesprächstermin vereinbart.

Uemmel IX - 221